

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Sachbeschädigung – warum nicht?

Vor Kurzem hat in Zürich eine unbewilligte Demonstration stattgefunden. Unter dem Motto «Frauen erkämpfen Freiheit» zogen rund 1000 Personen durch die Innenstadt. Organisiert wurde der Umzug vom sogenannten Frauenbündnis Zürich.

Es kam zu massiven Sachbeschädigungen in Form von Sprayereien, Plakatklebereien und Farbbeutelwürfen, wie die Stadtpolizei Zürich mitteilte. Betroffen waren unter anderem die Fraumünsterkirche und Schaufenster am Limmatquai sowie am Paradeplatz. Als Frau bin ich enttäuscht von solchen Frauen und vor allem von den nicht dagewesenen Sicherheitsmassnahmen. Ein Mitarbeiter der Kirchengemeinde schätzte, dass sich der Schaden an dem historischen Gebäude auf rund 50 000 Franken beläuft.

Besonders ärgerlich war, dass offenbar Polizeibeamte anwesend waren, welche nicht eingegriffen haben. Auch Passanten, die die Szene mitbekommen haben, waren entsetzt gewesen. Natürlich ist es nicht primär ein Problem der Polizei, sondern von deren Leitung.

Wenn von Stadtrat Wolff immerzu erwähnt wird, dass solches Verhalten toleriert wird, wird die Polizei auch entsprechend instruiert.

Weil einige Frauen mit Kindern und zum Teil Kleinkindern in Kinderwagen an der Demonstration teilnahmen, habe die Polizei laut einer Mitteilung aus Gründen der Verhältnismässigkeit auf eine Intervention und einen entsprechenden Mitteleinsatz verzichtet.

Dies darf nicht der Grund sein. Man hätte in erster Linie warnen können und hätte auch nicht mit Tränengas eingreifen müssen.

Hier gibt es diverse alternative Möglichkeiten, wie mir auch Polizisten bestätigten. Es darf auch gesagt werden, dass Kleinkinder nicht an unbewilligte Demonstrationen gehören.

Die Demonstranten richteten einen Sachschaden von total über 100 000 Franken an, wie die Stadtpolizei Zürich mitteilte. Die Stadtpolizei wird nun prüfen, ob und welche Massnahmen im kommenden Jahr angeordnet werden müssen, um diese nicht tolerierbaren Zustände zu verhindern.

Man erinnere an die massiven Ausschreitungen im Dezember 2014 an der Europaallee unter dem Deckmantel «Reclaim the streets». Es ist Zeit, dass in der rot-grünen Stadt Zürich gegen unbewilligte Demonstrationen, illegale Häuserbesetzungen und die damit verbundenen Sachbeschädigungen vorgegangen wird.

Jeder Autofahrer kriegt in der Stadt oft nach wenigen Minuten Parkzeitüberschreitung eine Busse. Rechtsfreier Raum und das damit verbundene Sicherheitsrisiko wird jedoch einfach toleriert. Wir dürfen hier nicht länger zusehen.

RATSBERICHT DER SITZUNG VOM 21. MÄRZ 2018

Die SVP im Kampf gegen die Verstaatlichung des Bürgers

Längst sind die Neomarxisten durch die Institutionen marschiert und haben sich an den Schlüsselstellen in Parteien, Verwaltung, Medien und Kunst festgesetzt. Der alte Kommunismus des frühen 20. Jahrhunderts konnte mit seinem furchtbaren Terror im Westen nicht landen. Erst der neue Marxismus in seiner spielerischen Art fand Anklang bei den Massen in Amerika, Europa und der Schweiz.



Daniel Regli
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Die neulinke Frankfurter Schule und dann die neomarxistischen 68er erzeugten Millionen Menschen davon, das süsse Gift der schrankenlosen Selbstverwirklichung und des endlosen Konsums zu schlucken. Aldous Huxley (1894–1963) hat zwar in seinem Roman «Schöne neue Welt» schon 1932 davor gewarnt, dass ein solches staatliches System nicht etwa die Freiheit der Bürger erreichen will, sondern eben gerade das Gegenteil. Doch wer liest schon Huxley und wer lässt sich schon gerne warnen?

Staatliche Betreuung von der Wiege bis zur Bahre

Auch in Zürich wird pausenlos darauf hingearbeitet, die Menschen vom Staat abhängig zu machen. Endlos werden staatliche Angebote vermehrt. Für Säuglinge, für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Mehr als 28 000 Personen arbeiten bereits in der städtischen Verwaltung. Weitere Tausende leben indi-

rekt vom Staat in der Kultur-, Bildungs- und Sozialindustrie. Bereits wird auch in Zürich das bedingungslose Grundeinkommen gefordert, um auch alle Arbeitsscheuen und Pseudokünstler zu Staatsöldnern zu machen. Auch in der Ratssitzung vom 21. März ging es um den weiteren Ausbau von staatlichen Leistungen. Der Stadtrat beantragte 22 Millionen Franken an jährlichen Subventionen für den Bereich Soziokultur (GR Nr. 2017/282). Primäre Subventionsempfänger bei diesem Geschäft sind die Gemeinschaftszentren (GZ) und die Offene Jugendarbeit OJA.

Gemeinderat Roberto Bertozzi (SVP) begründete, dass die SVP nicht etwa grundsätzlich gegen GZ und Jugendarbeit sei. Die SVP lehne diese Subventionen ab, weil in der Stadt Zürich einfach zu viele Angebote vorhanden seien. Allein in Affoltern gibt es auf kleinstem Raum bereits mehrere Institutionen (GZ, Kulturbahnhof Kuba, Quartiertreff Zehntenhaus). Und dieses Angebot soll baldmöglichst ausgeweitet werden, da die Pestalozzibibliothek im GZ zu wenig Raum hat und nach einer neuen Lokalität verlangt.

Infiltration von Kleinkindern

«Willst Du eine Gesellschaft erobern, so ist ein Weg dazu, die Köpfe der Kinder

zu infiltrieren.» Natürlich befolgen auch die Zürcher 68er-Revolutionäre diese Handlungsanweisung treu. So baut der Staat seine Leistungen bei den Kleinsten laufend aus: Säuglingskrippen, Frühförderung, Tagesschule mit 7-Stunden-Tagen für Fünfjährige (!). So können die Kinder immer ungestörter mit der staatlichen Doktrin bombardiert werden: Egoismus, Konsum, Rechtsansprüche und hohle Hand gegenüber dem Staat, freie Sexualität und die Wahl des eigenen Geschlechts (Gender).

Während Jahrtausenden war den meisten Kulturen klar, dass gesunde, traditionelle Familien die Kernzellen einer gedeihenden Gesellschaft sind. Die neue Linke von SP bis FDP definiert das heute ganz anders: Kernzelle des

Staates ist der selbstzentrierte, subventionierte Bürger. Diese Kulturrevolution baut natürlich auf Sand. Subventionen taugen nicht als Kitt einer Gesellschaft, die den Gemeinsinn verloren hat. Eine solche Gesellschaft driftet auseinander. Was dann passieren wird, wenn keine Korrekturen erfolgen, ist in der Staatslehre seit Aristoteles bekannt. Wenn die individuellen Ansprüche den Staat zu sehr destabilisieren, ist die Diktatur im Anmarsch. Spätestens dann werden die Menschen verstehen, dass sie einem falschen Freiheitsbegriff gefolgt sind.

Die SVP Stadt Zürich hat also viel zu tun. Als Volkspartei sind wir dem Gemeinwohl verpflichtet. Auch wenn wir bei den Wahlen Anfang März schmerzhafte Verluste hinnehmen mussten: für Selbstmitleid ist angesichts der linken Übermacht keine Zeit! Der Entmündigung der Bürger und der Zerstörung der traditionellen Familie ist mit grösstem Einsatz entgegenzutreten!

WECHSEL AN DER SPITZE DER GEMEINDERATSFRAKTION

Martin Götzl tritt als Fraktionspräsident zurück

Martin Götzl kündigte diese Woche seinen Rücktritt als Fraktionspräsident der SVP-Gemeinderatsfraktion per Anfang Mai an.

Der Entscheid zu seinem Rücktritt erfolgte infolge beruflicher Prioritätensetzungen. Vor einigen Monaten hat er sich entschieden, neben dem ordentlichen, beruflichen Arbeitspensum, eine zweijährige, lern- und arbeitsreiche Weiterbildung zu realisieren. Dies bedingt für Martin Götzl, dass es mittel-/langfristig nicht mehr vereinbar gewesen wäre, die sehr arbeitsintensive Funktion und die Aufgaben als Fraktionspräsident wahrzunehmen.

Sein Amt als Gemeinderat der Stadt Zürich ist davon nicht tangiert, diese Aufgabe wird er weiterhin mit Engagement und Zeitaufwand ausüben.

Sowohl der Rücktritt wie auch die erforderliche Neubesetzung des Fraktionspräsidiums der Gemeinderatsfraktion SVP Stadt Zürich erfolgt am 07.04.2018 an einer ausserordentlichen Fraktionssitzung.



PRÄSIDENTENWECHSEL IN DER SVP ZÜRICH 10

Johann Widmer neuer Präsident

An der Generalversammlung der SVP 10 wurde Johann Widmer zum neuen Präsidenten gewählt.

sVP. Die Generalversammlung der SVP Wipkingen/Höngg fand im Restaurant Da Biagio (vormals Limmatberg) in Höngg statt. Es fanden weniger Mitglieder und Gäste den Weg zur GV als in früheren Jahren.

Der bisherige Präsident, Martin Bürlimann, hatte seinen Rücktritt frühzeitig angekündigt. Grund ist der Wegzug aus Zürich nach Baden, wo er aufgewachsen ist. Er war elf Jahre lang Präsident der Kreispartei und zehn Jahre Mitglied im Stadtzürcher Gemeinderat. Als Mitglied der Kommissionen TED/DIB, Verkehr und der Rechnungsprüfungskommission stemmte er sich stets gegen das Ausgabenwachstum der Verwaltung und des Stadtrates. Die wichtigsten Vorstösse im Parlament betrafen denn auch Finanzen, Energiefragen und Verkehr.

Unternehmer als Kreisparteipräsident

Als Nachfolger wählte die Generalversammlung den Unternehmer Johann Widmer zum neuen Präsidenten. Widmer war knapp ein halbes Jahr Parla-

mentsmitglied als Nachfolger von Martin Bürlimann, der sein Amt wegen der Wohnsitzpflicht abgeben musste. Widmer ist Verwaltungsrat in mehreren Firmen und selber als Unternehmer tätig. Zudem ist Widmer als Lehrlingsausbildner Chefexperte für Informatik im Kanton Zürich.

Unter dem neuen Präsidenten werden die Grundwerte der Schweizerischen SVP weiter gepflegt. Gute Rahmenbedingungen für Gewerbe und KMU, städtische Finanzen und eine vernünftige Verkehrspolitik sind Schwerpunkte. «Ziel muss es sein, den knapp verlorenen zweiten Gemeinderatssitz im Kreis 10 bei den nächsten Wahlen wieder zurückzugewinnen», sagte Widmer in seinem Ausblick.

Weiter wurden der neue Vorstand, Delegierte und Revisoren gewählt. Die anwesenden Stimmberechtigten stimmten einstimmig der Rechnung 2017 und dem Budget 2018 der Kreispartei zu und erteilten dem Vorstand Décharge. Anschliessend an die GV fand ein gemütliches Beisammensein statt, an dem rege diskutiert wurde.



Johann Widmer (rechts) überreicht dem abtretenden Präsidenten Martin Bürlimann ein Präsent.

Frühlingsbier

zu den Themen:

EU-Rahmenabkommen - FINMA - Fernbusse - Olympiade - Selbstbestimmungsinitiative - Steuerabzug für Krankenkassenprämien



Alfred
Heer

Gregor
Rutz

Mauro
Tuena

Hans-Ueli
Vogt

Dienstag, 27. März 2018, 19.30 Uhr



Restaurant Neubühl
Winterthurerstrasse 175, 8057 Zürich (Kreis 6)

Vier Stadtzürcher Nationalräte berichten aus der Frühlingsession. Alle sind herzlich eingeladen! Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Mauro Tuena, Präsident SVP Stadt Zürich
Gemeinderat Walter Anken, Präsident SVP-Kreispartei 6



Für eine sichere Zukunft in Freiheit!